

# Die andere Nachbarschaft: Die EFTA-Staaten Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein

Burkard Steppacher

Lauter kleine Staaten – und dabei jeder ein Sonderfall. Ließ sich in den 1960er Jahren der Gegensatz zwischen der EWG und der Europäische Freihandelszone (EFTA) noch bildlich zwischen „The Inner Six“ und „The Outer Seven“<sup>1</sup> kennzeichnen, so macht heute bereits das Verhältnis der Mitgliederzahlen von 25:4 deutlich, wie sehr sich im Lauf der Zeit die Proportionen zwischen EU und Rest-EFTA verschoben haben.<sup>2</sup> Zwar könnten Norwegen, Island, die Schweiz und Liechtenstein von ihren wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen her durchaus ohne größere Schwierigkeiten Mitglied der EU werden, jedoch hat jeder der genannten Staaten einige Besonderheiten, welche die vier Staaten aus unterschiedlichen Gründen bislang von einem EU-Beitritt abhielten.

Seit 1973 sind die EFTA-Staaten über ein System von Freihandelsabkommen mit der EU verbunden. Die dabei gewählte Konstruktion hat sowohl die mehrfachen Erweiterungen beider Organisationen als auch den Übertritt von Portugal, Österreich, Schweden und Finnland zur EU verkraftet. Seit Anfang der 1990er Jahre ermöglicht das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) den EFTA-Staaten eine umfangreiche Teilnahme an Bereichen des EG-Binnenmarktes.<sup>3</sup> Lediglich die Schweiz ist wegen ihres EWR-Neins<sup>4</sup> über spezielle bilaterale Abkommen mit der EU verbunden.

Intern haben die EFTA-Staaten mit der Ablösung der „Stockholmer Konvention“ (1960) durch die „Vaduzer Konvention“ (2001) seit 2002 ein wirtschaftliches Integrationsniveau erreicht, das inhaltlich etwa dem ersten Paket bilateraler Abkommen zwischen der Schweiz und der EU von 1999/2002 entspricht und in den geregelten Bereichen dem EWR nahe kommt.

## Norwegen – immer noch eher Nein und anders

Aus den Parlamentswahlen am 12. September 2005 ging nach vier Jahren in der Opposition die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (AP) als stärkste Kraft im Storting hervor. Unter ihrem Vorsitzenden Jens Stoltenberg als Ministerpräsident bildete die Arbeiterpartei mit der Sozialistischen Linkspartei (SV) und der bürgerlichen Zentrumspartei (SP) im Oktober 2005 eine rot-rot-grüne Regierung, welche die bürgerliche Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik ablöste. Dessen Regierung aus Christlicher Volkspartei (KrF), konservativer Høyre (H) und linksliberaler Venstre (V) war auf Tolerie-

---

1 Uwe Kitzinger: Europe: The Six and the Seven, in: International Organization, Vol. 14, 1 (1960), S.20-36. Finnland war seit 1961 als Assoziierter das siebeneinhalbte Mitglied. Island wurde 1970 EFTA-Mitglied.

2 Zur Geschichte der EFTA vgl. Burkard Steppacher: Europäische Freihandelsassoziation, in: Wolfgang W. Mickel/ Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, 3. Aufl., Stuttgart, Baden-Baden 2005, S.231-234.

3 Das EWR-Abkommen trat am 1. Januar 1994 in Kraft, für Liechtenstein ein Jahr später.

4 Ablehnung des EWR in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992.

rung durch die populistische Fortschrittspartei (FrP) von Carl Ivar Hagen angewiesen.<sup>5</sup> Da es Stoltenberg 2005 gelang, die bäuerliche Zentrumsparterie in seine Koalition einzubinden, hat Norwegen erstmals nach fast zwanzig Jahren wieder eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit.

Obwohl Stoltenberg im Wahlkampf noch deutliche Worte für einen EU-Beitritt fand („so bald wie möglich“)<sup>6</sup>, schließt der Koalitionsvertrag seiner rot-rot-grünen Regierung nun einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft ausdrücklich aus.<sup>7</sup> Stoltenberg ist in dieser Frage, ähnlich wie Bondevik, ein Gefangener seiner Koalitionspartner. Die EU-Frage ist für die norwegische Regierung eine Art „Killerklausel“: Als überzeugte Anti-EU-Parteien würden die beiden kleinen Regierungspartner die Koalition verlassen.<sup>8</sup> Innenpolitisch strittige Kernthemen der neuen Regierung sind zudem die Energiepolitik, wobei die kleinen Koalitionspartner der Ausbeutung von Öl- und Erdgasressourcen in der arktischen Barentssee skeptisch gegenüberstehen, die Nutzung des milliardenschweren Ölfonds („Petroleumfond“), der im Spannungsfeld zwischen Zukunftsrücklage und sozialpolitischer Beute steht, sowie die Perspektiven der Fischereipolitik, insofern Fischfang und Fischzucht (Aquakultur) zu den Hauptexportgütern Norwegens zählen.

In der norwegischen Bevölkerung ist das Thema EU-Beitritt wie schon bei den negativen Referenden von 1972 und 1994 heftig umstritten.<sup>9</sup> Unterhalb der Mitgliedschaftsschwelle nimmt Norwegen über den EWR am gemeinsamen Binnenmarkt der EU teil, wobei die politisch sensiblen Bereiche Landwirtschaft und Fischerei für beide Seiten einen besonderen Schutz genießen. Das 2003 erfolgreich ausgehandelte EWR-Erweiterungsabkommens ermöglicht Norwegen einen verbesserten Marktzugang seiner Fischprodukte in die seit 2004 erweiterte EU. Als Gegenleistung unterstützt Norwegen über fünf Jahre mit einem besonderen „Norwegischen Finanzierungsmechanismus“ in Höhe von insgesamt 567 Mio. Euro die Reduktion der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb des EWR.<sup>10</sup> Neben dem EWR ist die seit 2001 bestehende Assoziation am Schengener Abkommen Norwegens wichtigste vertragliche Vereinbarung mit der Europäischen Union. Ebenso kooperiert Norwegen als NATO-Mitglied mit der EU in außen- und sicherheitspolitischen Belangen.<sup>11</sup>

### **Island, ein Klein(st)staat mit Fisch**

Wie Norwegen ist Island ein junger Staat. Gegenüber dem Königreich Norwegen mit seinen 4,6 Mio. Bürgern ist Island jedoch ein Klein(st)staat mit gerade einmal 300.000 Einwohnern. Wirtschaftliche und geographisch-regionalpolitische Besonderheiten haben diese beiden nordischen Staaten bislang von einer EU-Mitgliedschaft Abstand halten lassen:

---

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.09.2005.

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2005.

7 Handelsblatt, 18.10.2005.

8 Frankfurter Rundschau, 18.10.2005.

9 Für die nationalbewussten Bürger der jungen Nation Norwegen ist der Begriff „Union“ historisch belastet. Norwegen errang erst 1905, nach jahrhundertelanger dänischer und schwedischer Oberherrschaft, nationale Selbständigkeit.

10 Darüber hinaus beteiligt sich Norwegen finanziell auch am breiter angelegten EWR-Finanzierungsmechanismus. Vgl. EFTA-Sekretariat (Hrsg.): Der Europäische Wirtschaftsraum, EFTA-FactSheet, Brüssel, Dezember 2005, S. 4.

11 Vgl. Dag Harald Claes, Norwegen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Band 2, 3. Aufl., Gütersloh 2004, S. 257-268, hier: S. 263f.

Während für Norwegen neben der Fischereipolitik inzwischen auch die Energiepolitik ein Grund für Abstand und Selbstgenügsamkeit ist, waren es für Island neben dem Hauptthema Fisch über Jahrzehnte die besonderen Beziehungen zur NATO und den USA. Island ist NATO-Gründungsmitglied, hat aber keine eigenen Streitkräfte, sondern nur eine Küstenwache.<sup>12</sup> In der Folge eines bilateralen Verteidigungsabkommens mit den USA unterhielten die Amerikaner seit 1951 einen Stützpunkt in Keflavík, die US Naval Air Station. Überraschend wurde im März 2006 seitens der USA ein kurzfristiger Truppenabzug zum 30. September 2006 angekündigt, durch den auch über 600 zivile Arbeitsplätze wegfallen.<sup>13</sup> Seitdem wird in Island über eine stärkere Annäherung an Europa und eine sicherheitspolitische Kooperation mit nordischen (NATO-)Staaten diskutiert.

In Island steht die politische Elite, anders als in vielen anderen Ländern, einem EU-Beitritt skeptischer gegenüber als die Bevölkerung.<sup>14</sup> Erst in Folge des außerordentlich starken Wirtschaftsbooms der vergangenen Jahre<sup>15</sup> thematisieren isländische Politiker in jüngster Zeit die mögliche Option eines EU-Beitritts.<sup>16</sup> Im Zusammenhang mit dem schrittweisen Rückzug des langjährigen Ministerpräsidenten (Forsætisráðherra) Davíð Oddsson<sup>17</sup> aus der Politik war im Jahr 2005 Bewegung auch in die EU-Diskussion gekommen: Neuer isländischer Ministerpräsident wurde zunächst der Vorsitzende des Juniorpartners in der Koalition, Halldór Ásgrímsson, von der ehemals bäuerlichen, jetzt national-liberalen Fortschrittspartei (FF).<sup>18</sup>

Im Februar 2006 äußerte sich Ásgrímsson dahingehend, dass Island bis zum Jahr 2015 EU-Mitglied sein werde.<sup>19</sup> Allerdings stieß er damit nur auf mäßige Zustimmung und musste im Juni 2006 wegen des schlechten Abschneidens seiner Partei bei den landesweiten Kommunalwahlen seinen Rücktritt erklären. Neuer Ministerpräsident wurde der bisherige Außenminister Geir Hilmar Haarde, der als Vorsitzender der Unabhängigkeitspartei (SF) seine Partei auch in die Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 führen will.

### Die Schweiz im Herzen Europas

Seit dem letzten eigenständigen Jahrbuch-Beitrag über die Schweiz<sup>20</sup> hat sich wenig an der europapolitischen Ausrichtung des Landes, jedoch viel an der Tiefe der Beziehungen zur EU verändert: Das zwischen 1994 und 1998 ausgehandelte Vertragspaket „Bilaterale I“ konnte trotz der Unterzeichnung am 21. Juni 1999 wegen eines Schweizer Referendums zwar erst zum 1. Juni 2002 in Kraft gesetzt werden, jedoch begannen direkt im Anschluss daran die Schweiz und die EU mit Verhandlungen zu zehn neuen Themen, von denen am

12 Vgl. „Nation ohne Soldaten“, in: Neue Zürcher Zeitung, 10./11.06.2006.

13 Vgl. Die Welt, 20.03.2006; Süddeutsche Zeitung, 22.03.2006.

14 Vgl. Gunnar Helgi Kristinnsson: Island, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Band 2, 3. Aufl., Gütersloh 2004, S. 184-191, hier: S. 186.

15 EWR-Mitgliedschaft und Globalisierung erleichterten es Island, aus dem wirtschaftlichen Abseits zu treten. Vgl. „Islands wundersame Milliarden“, in: Die Welt, 30.06.2005; „Volkswirte warnen vor ökonomischem Ungleichgewicht in Island“, in: Handelsblatt, 15.03.2006.

16 Vgl. „Will Island der EU beitreten?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.02.2005.

17 Oddsson war von 1991 bis 2004 Vorsitzender der liberalkonservativen Unabhängigkeitspartei (SF), die einem EU-Beitritt skeptisch gegenüber steht. Erst während seiner zwölfmonatigen Amtszeit als Außenminister (2004/05) äußerte er sich positiver gegenüber einer Annäherung an die EU.

18 Vgl. Frauke Rubart: Island: Traditionsreiche Demokratie und moderne politische Kultur am Nordrand Europas, in: APuZ, B 47/2004, S. 28-33, hier: S. 32.

19 Basler Zeitung, 09.02.2006.

20 Vgl. Stephan Kux: Die Schweiz, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/99, Bonn 1999, S. 463-468.

26. Oktober 2004 neun Dossiers in einem weiteren gemeinsamen Paket abgeschlossen werden konnten („Bilaterale II“).<sup>21</sup> Lediglich das Dossier Dienstleistungsliberalisierung wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.<sup>22</sup>

Mit der Fortsetzung des bilateralen Wegs ist es möglich, zum einen konkret anstehende Interessen und Probleme zwischen der Eidgenossenschaft und der EU durch bilaterale, sektorspezifische Verhandlungen und Abkommen in pragmatischer Weise zu regeln, zum anderen das bestehende Vertragswerk auszubauen und zu systematisieren, wo dies im beiderseitigen Interesse ist. Allerdings gibt de facto die EU die Richtung vor.<sup>23</sup> Durch die Bilateralen II konnte die Zusammenarbeit bei der Betrugsbekämpfung im Bereich der indirekten Steuern (insb. gegen den Zigarettenschmuggel) intensiviert werden. Zudem gelang es, die Schweiz in das von der EU geplante System der grenzüberschreitenden Zinsbesteuerung einzubinden. Wiederum wurde das Referendum ergriffen: diesmal gegen das Abkommen über die Assoziierung der Schweiz zu den Abkommen von Schengen und Dublin. Bei der Volksabstimmung am 5. Juni 2005 stimmten aber 54,6% der Schweizer Stimmbürger für die Schengen-Teilnahme. Nach Einrichtung der erforderlichen Sicherheitssysteme wird das Abkommen voraussichtlich 2008 in Kraft treten.

Bemerkenswerterweise wurde in der Folge der EU-Erweiterung von links-alternativer wie rechtsbürgerlicher Seite auch gegen die Ausweitung des bilateralen Abkommens über die Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten das Referendum ergriffen.<sup>24</sup> Dabei hätte ein Nein die miteinander verbundenen sechs anderen Abkommen der „Bilaterale I“ markant gefährdet. In der Volksabstimmung vom 25. September 2005 wurde allerdings die Ausweitung der Personenfreizügigkeit mit 56,0% Ja-Stimmen angenommen.

Was die längerfristige Europapolitik anbelangt, hat der Schweizer Bundesrat (Regierung) entsprechend der Legislaturplanung 2003-2007 am 28. Juni 2006 einen umfassenden Europabericht verabschiedet.<sup>25</sup> Darin kommt der Bundesrat zum Schluss, dass mit der Weiterentwicklung des bestehenden Vertragswerks die Ziele der Schweiz erreicht werden können, solange u.a. folgende Voraussetzungen gegeben sind: eine ausreichende Beteiligung an der Entscheidungsfindung und genügend Handlungsspielraum, die außenpolitische Machbarkeit und bestimmte wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Ändern sich diese Voraussetzungen, müssen die Instrumente angepasst werden. Der „Europabericht 2006“ analysiert die Auswirkungen europapolitischen Handelns auf rund zwanzig Schlüsselbereiche wie direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität, Arbeitsmarkt, Finanzen, Steuerwesen, Infrastrukturpolitik und Wirtschaftspolitik generell. Damit will der Bundesrat zur Versachlichung der Debatte beitragen. Ausgangspunkt soll nicht die Frage der institutionellen Zugehörigkeit sein, sondern die Zielsetzung bestmöglicher Interessenwahrung. Das EU-Beitritts-gesuch vom Mai 1992 bleibt so vorläufig weiter in der Schublade liegen.<sup>26</sup>

---

21 Vgl. <http://www.europa.admin.ch/nbv/d/index.htm>

22 Zu den Inhalten der „Bilateralen II“ im Einzelnen vgl. René Schwok / Stephan Bloetzer: Annäherung statt Mitgliedschaft? Die Schweiz und die EU nach den zweiten bilateralen Abkommen, in: *Integration*, 28. Jg., 3 (2005), S. 201-216, hier: S. 207ff.

23 Vgl. dazu, sehr deutlich, z.B. Dieter Freiburghaus, Heteronomer Nachvollzug? Oder wie sich die Autonomie verflüchtigt, in: *Die Volkswirtschaft, Das Magazin für Wirtschaftspolitik*, 77. Jg., 9 (2004), S. 35.

24 Zur Chronologie vgl. <http://www.admin.ch/ch/d/pore/rf/cr/2004/20042063.html>

25 Abrufbar unter: [http://www.europa.admin.ch/europapol/off/europa\\_2006/d/index.htm](http://www.europa.admin.ch/europapol/off/europa_2006/d/index.htm)

Er steht in der Tradition der europapolitischen Berichte von 1988 (Integrationsbericht), 1990, 1992, 1995 und 1999; vgl. [http://www.europa.admin.ch/europapol/off/ri\\_1999/d/ri.pdf](http://www.europa.admin.ch/europapol/off/ri_1999/d/ri.pdf)

26 Entsprechend zurückhaltend-abwartend ist die Position der EU gegenüber dem erklärten Drittland Schweiz; vgl. [http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/switzerland/intro/index.htm](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/switzerland/intro/index.htm)

## Mikrostaat Liechtenstein – Lösung vom kleinen großen Bruder

Das 1719 gegründete Fürstentum Liechtenstein feiert im Jahr 2006 seine 200jährige staatliche Souveränität. Dies ist im kleinsten der vier EFTA-Staaten Anlass, über die Zukunftsperspektiven des Fürstentums und die künftige Ausgestaltung der internationalen Beziehungen des „Ländles“, sowohl zur Schweiz als auch zur Europäischen Union, zu reflektieren.

Liechtenstein ist in den vergangenen Jahrzehnten aus dem bequemen Schweizer „Rucksack“ herausgekrabbel<sup>27</sup> und hat in der Folge nicht nur eigenständige Beziehungen zu Europarat<sup>28</sup>, UNO,<sup>29</sup> EFTA<sup>30</sup> und EU gestaltet, sondern auch seine Position als veritabler (Junior-)Partner der Eidgenossenschaft gestärkt, – dies zu beider Nutzen. Anders als die Schweiz, mit der das Fürstentum seit 1924 unverändert in einer Zoll- und Währungsunion verbunden ist, ist Liechtenstein seit 1995 Mitglied des EWR.<sup>31</sup> Dadurch rückte das Land näher an die EU. Die notwendigen Anpassungen der vertraglichen Beziehungen zur Schweiz haben aber auch die Beziehungen zur Eidgenossenschaft enger gemacht, indem nun eine intensivere Abstimmung stattfindet.

Eigenstaatlichkeit definiert sich für den seit 2001 amtierenden Regierungschef Liechtensteins Otmar Hasler<sup>32</sup> vor allem durch die Mitgliedschaft in den verschiedenen europäischen und internationalen Organisationen. Insoweit bietet der EWR bislang einen guten Integrationsstand.<sup>33</sup> Von den offenen Grenzen zum EU-Binnenmarkt profitiert sowohl die Industrie als auch der Finanzplatz Vaduz: Ein EU-Beitritt Liechtensteins ist derzeit „nicht größenverträglich“, für Hasler allerdings auch nicht völlig undenkbar. Ziel ist es, gleichberechtigter Partner in der europäischen Staatengemeinschaft zu sein. Ein plötzliches Abseitsstehen wäre für das Land und seine Wirtschaft nicht wünschenswert. Der bloße „autonome Nachvollzug“ der EU-Rechtsentwicklung untergrabe das Mitwirkungsrecht und letztlich die Eigenstaatlichkeit.

Bedeutsam für Liechtenstein ist die Tatsache, dass auch die EFTA-Partner, speziell die Schweiz, ihre Vertragsbeziehungen zur EU weiter ausbauen. Nachdem die Schweiz, an deren Grenze zu Liechtenstein es keine Grenzkontrollen gibt, eine Assoziierung zum so genannten Schengen/Dublin-Acquis 2004 innenpolitisch unter Dach und Fach gebracht hat, will nun auch Liechtenstein mit der EU Verhandlungen über eine parallele Schengen/Dublin-Assoziierung aufnehmen.

---

27 Die stärkere Öffnung des Landes erfolgte auf Initiative des seit 1989 regierenden Staatsoberhauptes Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein. Im August 2004 übertrug dieser altershalber die Amtsgeschäfte an seinen Sohn, Erbprinz Alois.

28 Die Aufnahme als 21. Mitglied im Europarat erfolgte im November 1978.

29 Liechtenstein wurde bereits 1990 Mitglied der Vereinten Nationen, anders als die Schweiz, die nach einem ersten Nein 1986 erst nach der Volksabstimmung vom 3. März 2002 der UNO beiträt.

30 EFTA-Vollmitgliedschaft 1991.

31 Die Liechtensteiner Stimmbürger hatten 1992 eine Woche nach dem Schweizer Nein zum EWR für einen Beitritt Liechtensteins zum EWR gestimmt.

32 Bei den Parlamentswahlen vom 13. März 2005 hat die (konservative) „Fortschrittliche Bürgerpartei“ (FBP) Haslers die absolute Mehrheit der Sitze im Liechtensteiner Landtag verloren und ist mit der (liberal-konservativen) „Vaterländischen Union“ eine Große Koalition eingegangen. Von den Stimmverlusten der beiden Traditionsparteien profitierte die grün-alternative „Freie Liste Liechtenstein“ (FL).

33 Vgl. „Souveränität ist keine Selbstverständlichkeit“, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.06.2006.

### **Fazit: Am Katzentisch einflussloser als jeder der 25 EU-Mitglieder**

Nahezu jede politische, rechtliche, wirtschaftliche Veränderung in der EU hat auch Auswirkungen auf die EFTA-Nachbarn. Weitaus stärker als noch in den 1970er oder 1980er Jahren sind heute rasche Anpassungsschritte erforderlich. Das gelegentlich als „autonomer Nachvollzug“ beschriebene Verhältnis zur EU wird so immer determinierter. Für die Handelnden in der EU sind alle vier EFTA-Staaten, auch die Schweiz, im Vergleich zu anderen Drittstaatsakteuren, kleine Nebenthemen, die nur gelegentlich interessant sind, wenn es gilt Einzelfragen zu lösen.<sup>34</sup> In Form von Kompensationsgeschäften wird den EFTA-Staaten dann zwar manchmal mangels EU-interner Uneinigkeit ein überraschendes Zugeständnis gemacht, gleichberechtigte Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeit kann letztlich jedoch nur EU-Mitgliedern zugestanden werden. Die unterste Schublade eröffnet wenig Perspektiven.

### **Weiterführende Literatur**

Jürg Altwegg: Ach, du liebe Schweiz. Essays zur Lage der Nation, Zürich 2002.

Dag Harald Claes: Norwegen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Band 2, 3. Aufl., Gütersloh 2004, S. 257-268.

EFTA, EFTA-Konvention (Vaduzer Konvention vom 21. Juni 2001), abrufbar unter: <http://secretariat.efta.int/Web/EFTAConvention/EFTAConventionTexts/EFTAConventionText/EFTAConvention2001.pdf>

EFTA-Sekretariat (Hrsg.): Der Europäische Wirtschaftsraum, EFTA-FactSheet, Brüssel, Dezember 2005.

European Free Trade Association (EFTA): 45th Annual Report of the European Free Trade Association 2005, Brüssel 2006.

Sieglinde Gstöhl: Liechtensteinische Integrationsoptionen 'nach dem EWR', in: Thomas Bruha/Zoltan Tibor Pallinger/Rupert Quaderer (Hrsg.): Liechtenstein – 10 Jahre im EWR. Bilanz, Herausforderungen, Perspektiven, Schaan 2005, S. 187-218.

Integrationsbüro EDA/EVD (Schweiz): <http://www.europa.admin.ch/d/index.htm>

Georg Kreis: Die schweizerische Europapolitik aus der Sicht des Historikers, in: ders.: Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze, Bd. 3, Basel 2005.

Wolf Linder: Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 2. Aufl., Zürich 2005.

Leonhard Neidhart: Die politische Schweiz. Fundamente und Institutionen, Zürich 2002.

Frauke Rubart: Island: Traditionsreiche Demokratie und moderne politische Kultur am Nordrand Europas, in: APuZ, B 47/2004, S. 28-33, hier: S. 32.

René Schwok/Stephan Bloetzer: Annäherung statt Mitgliedschaft? Die Schweiz und die EU nach den zweiten bilateralen Abkommen, in: integration, 28. Jg., 3 (2005), S. 201-216.

Burkard Steppacher: Tonartwechsel in der Schweiz: Der Dreiklang von Volksrechten, Konkordanz und erneuerter „Zauberformel“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 36. Jg., H. 2/2005, S.331-326.

Burkard Steppacher: Schweiz – EU, in: Wolfgang W. Mickel/Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, 3. Aufl., Stuttgart, Baden-Baden 2005, S.657-660.

---

34 Entsprechend zurückhaltend die Position der EU: Vgl. [http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/we/intro/index.htm](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/we/intro/index.htm) (letzter Abruf: 21.08.2006).